



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Mitglied des Europäischen Parlaments

Europäische Kommission
Frau Kommissarin
Věra Jourová

par navette

Brüssel, 5. November 2019

Missbrauch goldener Visa - Fall Jho Low/ Zypern

Sehr geehrte Frau Kommissarin,

ich schreibe Ihnen aufgrund eines beunruhigenden Falls des Missbrauchs von so genannten „goldenen Visa“ in Zypern.

Nach Presseberichten¹ hat Jho Low im Jahr 2015 die zypriotische Staatsbürgerschaft bekommen, indem er Immobilien im Wert von 5 Millionen Euro erworben hat. Jho Low gilt als einer der maßgeblichen Drahtzieher des Betrugs rund um den malaysischen Staatsfonds 1MDB, bei dem mehr als drei Milliarden US-Dollar in dubiose Kanäle abgeflossen sind. Aus genau diesem Grund ist über Interpol auch eine Rote Ausschreibung, d.h. eine Art internationaler Haftbefehl, für Jho Low ausstehend.

Details über den 1MDB-Skandal und Jho Lows Rolle in diesem waren bereits Anfang 2015 bekannt. Eine Überprüfung des Hintergrundes von Jho Low bei seiner Bewerbung um einen zypriotischen Pass hätte bei den zypriotischen Behörden sofort dazu führen müssen, dass Jho Low mindestens als erhebliches Risiko für die Integrität des europäischen Finanzsystems angesehen werden muss.

Angesichts dessen muss man davon ausgehen, dass die Überprüfung der zypriotischen Behörden entweder so kursorisch ausfällt, dass ihnen selbst ein Aushängeschild der Finanzkriminalität wie Jho Low nicht auffällt oder aber dass solche Alarmsignale von den zypriotischen Behörden schlichtweg ignoriert werden, weil das in Aussicht stehende Investment als zu attraktiv angesehen wird. Beide Lesarten sind extrem problematisch für die gesamte Europäische Union, zu der ein Krimineller wie Jho Low nun Zugang hat.

Erst im Januar dieses Jahres hat die Europäische Kommission einen Bericht vorgestellt, der klar herausgearbeitet hat, dass Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltsregelungen für Investoren in der EU extreme Risiken mit sich bringen.

¹ z.B.: Financial Times-Artikel „Cyprus probes ‘golden passport’ scheme after Jho Low link“ vom 4. November 2019

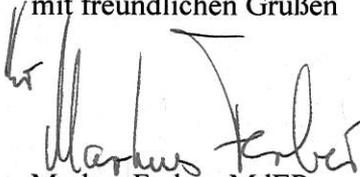
Sie selber haben sich in der Presseaussendung der Europäischen Kommission anlässlich der Vorstellung des Berichts² mit folgendem Satz zitieren lassen: „In der EU sollte es keine Schwachstelle geben, die es Menschen ermöglicht, über die am wenigsten strenge Regelung eine Staatsangehörigkeit zu erwerben.“

Dieser Aussage kann ich vollumfänglich zustimmen. Deswegen würde ich gern erfahren, welche Schritte die Europäische Kommission unternommen hat, um sicherzustellen, dass die Vielzahl von Programmen, über die Drittstaats-Angehörige mittels Investitionen eine EU-Staatsbürgerschaft oder eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten können, eben nicht missbraucht werden können.

Konkret würde ich gern erfahren, ob und wann die Europäische Kommission einen Vorschlag für verbindliche Regeln für Mindeststandards für Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltsregelungen für Investoren in der EU plant.

Ich würde mich freuen, in dieser Sache alsbald wieder von Ihnen zu hören, und verbleibe bis dahin

mit freundlichen Grüßen



Markus Ferber, MdEP

² IP/19/526